

Antrag
für den
Ausschuss für Soziales, Integration, Gesundheit und Wohnungsbau
am 10. März 2020

Ina Jacobi
Geschäftsführerin

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus
Hiroshimaplatz 1-4
Tel.:+49 (551) 400 2785
Grueneratsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de/stadtrat

Göttingen, 7. Februar 2020

Hebammenversorgung in der Stadt Göttingen stärken

Der Ausschuss möge dem Rat zum Beschluss vorlegen:

Die Verwaltung möge im Ausschuss darstellen,

1. ob die Hebammenversorgung in der Stadt Göttingen grundsätzlich ausreichend ist,
2. wie sich die Hebammenversorgung vor Ort ggfls. optimieren lässt,
3. ob die Hebammenversorgung in Göttingen perspektivisch langfristig gesichert ist,
4. welche Veränderungen es auf welcher Ebene (Bund, Land, Kommune) geben muss, um die Versorgung langfristig zu gewährleisten.

Dazu sind Gespräche u.a. mit der Interessensvertretung der Göttinger Hebammen zu führen.

Begründung:

Der Landkreis Göttingen hat am 29. Januar 2020 beschlossen, die Hebammenversorgung zu stärken und dafür 100.000 Euro p.a. in den Haushalt eingestellt. Auch in der Stadt Göttingen mehren sich die Hinweise auf eine Unterversorgung: Wer nicht gleich zu Beginn der Schwangerschaft auf die Suche nach einer Hebamme geht, findet keine mehr, so heißt es. Dadurch sind insbesondere die Frauen, die der Unterstützung durch eine Hebamme besonders bedürfen, davon bedroht, ohne Hebamme auskommen zu müssen.

Anlass für uns, die Situation genauer betrachten zu wollen: Gibt es prinzipiell ausreichend Hebammen in Göttingen? Wie wird sich dieses voraussichtlich perspektivisch verändern? Wie kann vielleicht der Matching-Prozess zwischen werdender Mutter und Hebamme verbessert werden, sodass Zeit und Nerven auf beiden Seiten geschont werden? Was kann die Stadt Göttingen tun, um die Attraktivität des Berufs zu steigern und um aktuelle Versorgungslücken zu schließen? Und wo sind Land und Bund in der Pflicht?

Ohne eine wirksame Gegensteuerung werden wir bei gleichbleibenden Geburtenzahlen mittelfristig die flächendeckende Betreuung der Wöchnerinnen durch Hebammen nicht mehr gewährleisten können.